

Zusammenfassung

Die **Pariser Konferenz vom 8. und 9. September**, deren Titel „**Ein Europa des Asyls errichten**“ sich auf Teil IV des Europäischen Paktes zu Einwanderung und Asyl bezieht, legte, in einer Linie mit dem 2004 in Den Haag definierten Programm und in Zusammenhang mit der Arbeit am Projekt des Europäischen Paktes zu Einwanderung und Asyl, welches die französische EU-Ratspräsidentschaft vorgestellt hatte, den Grundstein für die **zweite Phase des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems**.

Das Treffen ermöglichte einen umfassenden Austausch zwischen den europäischen, für Fragen zum Asyl zuständigen Entscheidungsträgern (Minister der 27 EU-Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission und des EU-Parlaments), dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, dem Vertreter der Internationalen Organisation für Migration sowie Repräsentanten der Zivilgesellschaft (Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, europäischen und nationalen Vereinen und Experten).

Am Montag, den 8. September, gestattete es die Arbeit in der Vollversammlung den folgenden Ministern und hohen Persönlichkeiten, nach der Eröffnungsrede des französischen Ministers für Immigration, Integration, nationale Identität und solidarische Entwicklung im Laufe des Vormittags das Wort zu ergreifen: dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission und Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit Jacques Barrot, dem Vorsitzenden des Ausschusses „LIBE“ des Europäischen Parlaments Gérard Deprez, dem Innenminister der Bundesrepublik Deutschland Wolfgang Schäuble, dem schwedischen Minister für Migration und Asyl Tobias Billström, der belgischen Ministerin für Migrations- und Asylpolitik Annemie Turtelboom, dem Innenminister der Republik Zypern Neoklis Sylikiotis, dem Innenminister der Republik Italien Roberto Maroni, der Staatssekretärin für Justiz der Niederlande Nebahat Albayrak und dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen Antonio Guterres.

Aufgrund der Lehren, die aus der ersten Phase der Europäischen Asylpolitik gezogen wurden, einigten sich die Redner darüber, zu berücksichtigen, dass Verbesserungen vorgenommen werden müssen, die Antworten auf drei Forderungen geben: die Mitgliedstaaten einander noch mehr anzunähern, den Schutz der schutzsuchenden Personen zu gewährleisten, die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und Drittländern zu fördern.

In den drei Rundtischdebatten, welche am Nachmittag des 8. September organisiert wurden, hatten die Vereine die Möglichkeit, sich in einem konstruktiven Dialog zu äußern.

Die erste Rundtischdebatte behandelte die praktische Zusammenarbeit im Asyl-Bereich und versammelte die folgenden Beteiligten: die Generaldirektorin der Grenzbehörden des Vereinigten Königreiches und Mitglied des Lenkungs Ausschusses der Konferenz der Generaldirektoren der Einwanderungsbehörden (GDISC) Lin Homer, den Direktor des deutschen Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Michael Kleinhaus, den Präfekten und Leiter der Abteilung für zivile Freiheiten und Einwanderung des italienischen Innenministeriums und den Generaldirektor des französischen Büros zum Schutz von Flüchtlingen und Staatenlosen Jean-François Cordet.

Die praktische Zusammenarbeit kristallisierte sich im Laufe der Debatte als das unumgängliche Instrument heraus, um die Konvergenz der Entscheidungsprozesse in den EU-Mitgliedstaaten im Asyl-Bereich zu erhöhen. Dabei einigten sich die Teilnehmer der Debatte über die Notwendigkeit, so schnell wie möglich ein Europäisches Unterstützungsbüro im

Bereich Asyl zu schaffen, welches ein Rahmen für die verstärkte Kooperation zwischen den EU-Mitgliedstaaten sein wird.

Die zweite Rundtischdebatte beschäftigte sich mit der Bearbeitung von Asylanträgen außerhalb der EU-Grenzen und der Solidarität mit Drittstaaten und versammelte die folgenden Beteiligten: den Leiter der Abteilung für Umsiedelung beim Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen Vincent Cochetel, den Vertreter der Internationalen Organisation für Migration Philippe Boncour, den schwedischen Generaldirektor für Einwanderung Ola Henrikson und den Generaldirektor des Flüchtlingsforums Olivier Brachet.

Die Teilnehmer hielten es für nötig, dass die Umsiedlungspraxis auf freiwilliger Basis von den EU-Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit mit dem UNHCR ausgearbeitet werden müsse. Es wurde außerdem über die Schaffung legaler Eintrittsmöglichkeiten für schutzbedürftige Personen, regionale Schutzprogramme und die Notwendigkeit einer besseren Eingliederung von Asyl-Fragen in die Ausarbeitung und die Umsetzung der EU-Außenpolitik gesprochen.

Die dritte Rundtischdebatte behandelte das zukünftige Gemeinsame Europäische Asylsystem und versammelte die folgenden Beteiligten: Jean-Louis de Brouwer, Direktor bei der Europäischen Kommission, den Professor der Freien Universität Brüssel Philippe de Bruycker, den Generalsekretär des Europäischen Rates für Flüchtlinge und Exilanten (ECRE) Bjarte Vandvik und den Leiter der Asylbehörde des französischen Ministeriums für Einwanderung.

Alle Beteiligten brachten ihre Zustimmung zu den Zielen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems zum Ausdruck. Dabei hoben sie die Übereinstimmung und den komplementären Charakter des Projektes des Europäischen Paktes zu Einwanderung und Asyl und des Aktionsplans der Europäischen Kommission hervor. Letzterer beruht auf der Notwendigkeit, denjenigen Personen, die dies benötigen, ein erhöhtes Schutzniveau zu bieten, wobei gleichzeitig die Schaffung eines Organismus zur Bearbeitung von Asylanträgen auf Gemeinschaftsebene ausgeschlossen wurde. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem wird also auf drei Punkten beruhen: die kohärentere Gestaltung der Gesetzgebungen, die Verstärkung der praktischen Zusammenarbeit und die Entwicklung einer Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten einerseits und mit Drittstaaten andererseits.

Mit Blick auf die Gesamtheit der Diskussionen und insbesondere auf die hohen Erwartungen, welche im Laufe der Rundtischdebatten zum Vorschein kamen, sind die EU-Minister und der Vizepräsident der Kommission und Kommissar für Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit übereingekommen, den Zeitplan zu beschleunigen, der für die Verwirklichung der Arbeit vorgesehen war, die für die kohärentere Gestaltung der Gesetzgebungen notwendig sind und dessen Umsetzung für das erste Trimester des Jahres 2009 geplant war.

Als Antwort auf die Anfrage Maltas zu erhöhter Solidarität innerhalb der Europäischen Union erinnerten die französische EU-Ratspräsidentschaft sowie die Europäische Kommission schließlich an die bereits zur Verfügung stehenden Instrumente europäischer Solidarität in diesem Bereich. Die Minister kamen überein, diese Diskussion im Rahmen der später noch erfolgenden Arbeit zum Projekt des Europäischen Paktes zu Einwanderung und Asyl fortzusetzen.